

# Laibacher Zeitung.

Nr. 286.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganz.  
fl. 11, halbj. fl. 6.50. Für die Zustellung ins Haus  
halbj. 60 fr. Mit der Post ganzl. fl. 16, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 12. Dezember

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 40 fr.,  
2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr.,  
3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1872.

## Amthlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 6. Dezember d. J. dem ordentlichen Professor des römischen Rechts an der Universität zu Wien, Rectoratsrath Dr. Ludwig Ritter von Arndts in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um das Lehramt und die Wissenschaft tagfrei den Titel und Charakter eines Hofrathes allerhöchstdinst zu verleihen geruht.

Stremayr m. p.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Louis Bollmann und Dr. Sigmund Herzl die Bewilligung zur Errichtung einer Aktiengesellschaft unter der Firma „Oesterreichische Nähmaschinenfabrik-Aktiengesellschaft“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Am 7. Dezember 1872 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slovenische, kroatische und romanische Ausgabe des am 3. September 1872 vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe erschienenen XLVII. Stückes des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Daselbe enthält unter  
Nr. 129 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 10ten August 1872 über die Ermächtigung des Nebenollamtes erster Klasse zu Kurzin in der Bukowina zur Austrittsbehandlung von Bier;

Nr. 130 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 11ten August 1872 wegen Aufstellung eines österreichischen Nebenollamtes erster Klasse im Bahnhof zu Wipert in Böhmen und Umwandlung des an der Zollstraße daselbst bestehenden Nebenollamtes erster Klasse in ein Nebenollamt zweiter Klasse;

Nr. 131 die Verordnung des Justizministeriums vom 23. August 1872, betreffend die Vereinfachung der Correspondenz zwischen dem k. k. österreichischen und den k. italienischen Gerichtsbehörden;

Nr. 132 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 28ten August 1872 über die Erhebung der Nebenollamter erster Klasse zu Bazias und Ban-Sova zu Hauptollamtern zweiter Klasse.  
(Zur. Ztg. Nr. 281 vom 7. Dezember.)

## Nichtamtlicher Theil.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat den Bestand der Reciprocität in der Berechnung der Dienstzeit der Directoren und Professoren zwischen dem mit dem Öffentlichkeitsrechte ausgestatteten vollständigen Communalgymnasien zu Reichenau in Böhmen einerseits und den Mittelschulen des Staates im Sinne des G. S. G. vom 9. April 1870, R. G. B. Nr. 46, andererseits, im Sinne des Unterrichtsministerialerlasses vom 12. November 1870, Z. 11492, anerkannt.

## Nach Schluß der Landtagsession

Werfen die wiener Blätter Rückblicke auf das politische Gesamtergebnis der diesjährigen Landtags-Action, das sie im großen und ganzen als ein günstiges bezeichnen. „Wir begangen — schreibt die „Neue fr. Presse“ — in den diesjährigen Verhandlungen der Landtage, trotz der Kürze der denselben zugemessenen Zeit, einer Fülle ersprißlicher, den materiellen und geistigen Interessen heilsamer Beschlüsse und Gesetzentwürfe. Die Ordnung der Landesfinanzen, zahlreiche Angelegenheiten der Landeskultur und Landesverwaltung haben eine eingehende Prüfung und Fürsorge gefunden und unter den geistigen Interessen, deren Pflege die Wirksamkeit der verfassungstreuen Landtage zugewendet ist, hat auch in diesem Jahre die Schule den hervorragendsten Platz eingenommen. Selbst dort, wo föderalistische Demonstrationen stattfanden, haben dieselben in dieser Landtagsession nicht nur an Zahl, sondern auch an Intensität verloren.“

Die allgemeine Stellung der Landtage im Urtheile der öffentlichen Meinung betreffend, gelangt das oben erwähnte Blatt zu dem nachstehenden Resultate:

„Sofern sich die Landtage auf die Verwaltung der lokalen Interessen des Landes in Schule und Gemeinde, im Humanitäts- und Communicationswesen, in der Land- und forstwirtschaftlichen Kultur u. s. w. beschränken haben und nicht Parlament spielen wollten, sind sie sammt ihrem Exekutivorgane, dem Landesauschusse, zu einem von der Bevölkerung hochgehaltenen Institute geworden und haben sich dort, wo sie nicht durch verfassungseindliche Stürme aus ihren geordneten Bahnen gerissen worden sind, so sehr bewährt, daß das Land

nicht mehr auf dieses Organ zur Vertretung seiner besonderen Interessen verzichten möchte. Auch der Wirkungskreis, der den Landtagen durch die Februarstatute eingeräumt und der durch die Dezemberverfassung noch erweitert worden ist, kann im ganzen und großen als ein angemessen umschriebener gelten.“

Auch die „Montags-Revue“ wirft einen Rückblick auf die Action der Landtage in der abgelaufenen Session; sie betont an leitender Stelle die bedeutenden Erfolge, welche Verfassung und Ministerium im dalmatischen Landtage errungen zu haben sich rühmen können.

Wir wollen die genannte Wochenschrift sprechen lassen: „Wir glauben, daß die Regierung und die Verfassungspartei Ursache haben, mit dem Gang der Verhandlungen zufrieden zu sein. Sieht man von einem unerquicklichen Zwischenfalle im tirolischen Landtage ab, so darf man wohl sagen, daß der Verlauf der Debatten in den provinziellen Legislativen überall ein glatter und ruhiger war. Das ist selbstverständlich bezüglich der Landtage, in welchen die Verfassungspartei die Majorität behauptet. Aber auch bezüglich der übrigen Landtage hat sich die Lage mindestens nicht verschlimmert. In Krain hat man die Forderung als den besseren Theil der Tapferkeit gelten lassen, und den Fehlbefehl, den man der Regierung in der Frage der Wahlverfälschungen ausstellen wollte, auf bessere Zeiten vertagt, die Verhandlungen in Triest, Görz, Varenzo zc. bewegten sich in vollständiger Reserve und die Adresse des galizischen Landtags wird wohl ebenso wenig als sein letztes Wort gelten dürfen, als frühere Kundgebungen dieser Körperschaft.“

Vor allem aber scheint uns ein Ergebnis von nicht gewöhnlicher prinzipieller und praktischer Bedeutung zu sein der Erfolg, welchen die Sache der Verfassung und des Ministeriums im dalmatischen Landtage gefunden hat. Man kennt die nationalen und politischen Gegensätze, welche die Bevölkerung Dalmatiens seit einem Decennium bewegt haben. Ohne innere Nothwendigkeit, ohne politisches Sytem wurden diese Gegensätze in Richtungen gedrängt, welche die Verwerthung der politischen Elemente des Landes für die Gesamtheit, für das Reich in hohem Grade erschwerten. Die Balancierung der widerstrebenden Kräfte zu erzielen, mußte fast als das äußerste des Erreichbaren erscheinen. Von den dalmatischen Parteien ganz ebenso wie von der Regierung wurde eine Art Politik der freien Hand verfolgt, die nicht nur die großen staatsrechtlichen Fragen in der Schwebe erhielt, sondern auch die concreten politischen Bedürfnisse unbefriedigt ließ. Von beiden Seiten ging man der klaren Erkenntnis der wirklichen Verhältnisse aus dem Wege, einer Erkenntnis, die herbeigeführt werden mußte, sollte jene überhaupt zu den Verhandlungspunkten einer wirklichen Interessengemeinschaft und zu den Möglichkeiten engeren Aneinanderschließens gelangen.

Bekanntlich war hierin schon während der letzten Reichsrathsession eine Aenderung eingetreten. Damals hat die Regierung offen den Standpunkt bezeichnet, welchen sie Dalmatien gegenüber einzunehmen entschlossen war. Anknüpfend an die mannigfachen Gerüchte, welche die Abstimmung der dalmatischen Abgeordneten in der Nothwahlgesetzfrage hervorgerufen hatte, betonte das Ministerium die Formel seiner Verhandlungen mit letzteren. Es war eben die Gegenseitigkeit der Bedürfnisse, der innere Parallelismus, der zwischen dem Reichsinteresse und den dalmatischen Landesinteressen bestand, welche die Möglichkeit der Verständigung, die Gewähr ihrer festen Begründung herbeiführen sollten. „Stellen Sie sich auf den Boden der Verfassung,“ so lautete die parlamentarische Apostrophe an die dalmatischen Abgeordneten, „bikämpfen Sie die Verfassung nicht, helfen Sie uns die Interessen des Reiches schützen, und wir, die Regierung, werden Ihnen helfen und bestrebt sein, so weit es an uns liegt, die Interessen Ihres Landes wahrzunehmen.“ Es war ein klares und erkennbares Ziel, welches das Ministerium vor Augen hatte. „Geht es, die nationale und verfassungseindliche Partei in Dalmatien der Verfassung zuzuführen,“ — so schloß die damalige ministerielle Auseinandersetzung, „dann ist der Boden vorhanden, auf dem wir man hoffen darf, die beiden bis jetzt sich allerdings noch feindlich gegenüber stehenden Parteien in Dalmatien vereinigt werden können, und dann ist es der Regierung gelungen, neben der einen sogenannten italienischen, autonomen, verfassungsfreundlichen Partei noch eine verfassungsfreundliche slavische Partei im Lande zu haben.“

Der Verlauf der eben geschlossenen Landtagsession hat dargethan, daß das Ministerium sich wenigstens in der letzterwähnten Beziehung keinen übertriebenen Erwartungen hingegeben hat. Nicht nur hat der Club der slavischen Majorität seine volle Zustimmung zu der ministeriellen Haltung der dalmatischen Reichsrathsabgeordneten ausgesprochen, auch die Schlussrede des Landtagspräsidenten Kjubisa muß geradezu als die bedingungslose Erfüllung des gouvemenentalen Programms betrachtet werden. Wenn Herr Kjubisa das aufrichtige und vertrauensvolle Entgegenkommen der Majorität gegen die Regierung betont, wenn er der Hoffnung Ausdruck gibt, dieses Vertrauen werde durch die Sanction der vorgelegten Gesetze und durch die Befriedigung der nationalen Wünsche in den nationalen Fragen erwideret werden, so hat er lediglich den Standpunkt eingenommen, welchen das Ministerium den dalmatischen Abgeordneten als den dem Bedürfnisse und den Aufgaben beider Theile entsprechenden verschafft. Dem Reiche mußte werden, was des Reiches war, damit dem Lande gewährt werden konnte, was im Interesse des Landes lag.

Nicht in den kleinen Landtagen findet sich der Boden, auf welchem die großen Fragen der staatsrechtlichen Constituierung Oesterreichs entschieden werden können, der Widerstreit der Meinungen seine rechtliche Lösung finden wird. Aber die „niedere Politik“ kann und soll provinzielle Siege erfechten, die das Recht des Gesamtstaatswesens nicht schädigen, die seiner Wohlfahrt mittelbar zugute kommen, das ist der gesunde und richtige Föderalismus, der Föderalismus der Zusammenschaffung der Arbeit und der materiellen Interessen. Und insofern liegt in der Haltung des dalmatischen Landtages ein Erfolg nicht nur, sondern ein Beispiel.

Im übrigen bedarf die Thatsache, daß der dalmatische Landtag sich der Sache der Verfassung angegeschlossen, nach keiner Richtung hin eines Commentars. Dalmatien gegenüber wenigstens wird man nicht länger mit der Behauptung Staat machen dürfen, die Landtagsfolge der Regierung seien Ruhsproducte sie beruhen auf erschlichenen Mehrheiten, die Landeseinbildung denke anders als die Landtagsmehrheit. Dalmatien gegenüber wird man wohl die Befriedigung fallen lassen müssen, daß ein natürlicher Zug der Gegnerschaft aller slavischen Stämme zur Bekämpfung einer Verfassung vereinigte, die lediglich zur Schwächung und Uebervorteilung der slavischen Elemente erjungen worden sei. Dalmatien gegenüber wird endlich auch die Phrase von der unbedingten Solidarität der nord- und südslavischen Interessen und von der Identität derselben mit dem föderalistischen Interesse überhaupt ihr Ende finden müssen. Eine slavische Landtagsmajorität, die der slavischen Bevölkerungsmajorität entspricht, eine Landtagsmajorität, der man gewiß nichts weniger als prinzipielle Voreingenommenheit für die Regierung zum Vorwurfe machen kann, hat sich entschlossen, ihren vollen Frieden mit dem Reiche, der Verfassung und dem Ministerium zu machen. Darin liegt eine moralische Eroberung, die gewiß nicht unterschätzt werden darf. Will man sie nun als einen Anfang gelten lassen, so ist es mindestens ein vielversprechender, ein verhelfungsvoller Anfang.

## Bur. Action der Landtage.

(9. Dezember.)

Niederösterreich. Der Landtag beschäftigte sich mit Schulfragen; er wurde über die Errichtung zweier landwirtschaftlichen Schulen im B. D. M. B. und im B. D. Wiener Wald mit einjährigem Lehrcurse schlüssig und half damit einem Bedürfnisse ab, welches bisher zumal dem Bauernstande sich sehr fühlbar gemacht. Aus der Gruppe des Großgrundbesitzes erhob sich gegen das Sytem der niederen landwirtschaftlichen Schulen, wie es vom Ausschusse vorgeschlagen wurde, eine Stimme, welche jedoch vereinzelt blieb. — Ferner hat der Landtag durch die Annahme des vom Schulausschusse vorgeschlagen Gesetzentwurfes einen Schritt in der Regelung der Lehrergehälter weiter gethan. Die dritte Schulfrage endlich betraf die Regierungsvorlage über die Reciprocität der Lehrer-Pensions-Rassen beim Uebertritte der Lehrer aus einzelnen Kronländern. Der Regierungsvertreter Statthalter Baron Conrad-Eybesfeld trat energisch für den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf ein, dessen Ablehnung der Schulausschuss aus finanziellen Motiven in Antraa brachte. Nach einer kurzen Debatte wurde der Ansuchenantrag vom Hause acceptiert und die Regierungsvorlage abgelehnt.



**Galizien.** Der Voranschlag des Landesfonds bestimmt einen 30proz., der Grundentlastungs-fond-Voranschlag einen 51proz. Steuerzuschlag. Es wird die Erwartung einer baldigen Ausgleichung des Grundentlastungs-fonds und der Uebergabe desselben in die Verwaltung des Landesaus-schusses ausgesprochen. — Die erledigten Petitionen werden an den Landesaus-schuss gewiesen. — Ferner wird die Aufnahme einer Straßenbauanleihe von 500 000 fl. zur Verringerung des Rothstandes votiert, mit der Aufforderung, daß die Regierung die Regulierung der Flüsse in West-Galizien beschleunigen möge. Der Aus-schussbericht über die Propriationsablösung wird vertagt. In seiner Schlußansprache hebt der Landmarschall die bedauerliche Kürze der Session und den Andrang von Arbeiten hervor und äußert die Hoffnung einer baldigen Zusammenberufung, worauf die Session mit dreimaligem begeisterten Hoch auf Sr. Majestät den Kaiser geschlossen wird.

**Bukowina.** Der Gesetzentwurf über die Ergänzung des §14 der Geschäftsordnung, betreffend den Verlust des Mandates ungerechtfertigt ausbleibender Abgeordneter wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Der Antrag auf Errichtung einer Universität in Czernowitz wird nach Verlesung des Ausschussberichtes und Befürwortung der Abg. Anton Kuchanowski und Schönbach angenommen.

Bezüglich des Gesetzentwurfes über die Vermittlungsämter in den Gemeinden stellt Dr. Tomaszczuk in der Generaldebatte den Antrag auf Vertagung und Verweisung zur Vorberatung an den Landesaus-schuss. Der Regierungskommissär, dann der Abg. Wójnarowicz und der Berichterstatter sprechen dagegen, und wird der Antrag Tomaszczuk verworfen und der Gesetzentwurf in der Spezialdebatte und sofort in dritter Lesung angenommen.

Der Landeshauptmann verkündet hierauf den Schluß der Session. Er wirft einen Rückblick auf die Thätigkeit des Landtags, bezeichnet dieselbe als sehr ersprießlich, verweist namentlich auf die Schulgesetz, die Grundbuchs-ordnung, das Wasserrecht, die Aufhebung der Bezirksvertretungen, betont die Wichtigkeit der bevorstehenden Reichstagsession mit Rücksicht auf die Beschlußfassung über die so dringend notwendigen direkten Reichstagswahlen und schließt den Landtag mit einem Hoch auf den Kaiser und die Verfassung, in das die Abgeordneten begeistert einstimmen.

Abg. v. Alt dankt dem Landeshauptmann für seine unparteiische und umsichtige Leitung, der Landeshauptmann Stellvertreter dem Regierungsvortreter Landespräsident Baron Pino für dessen jederzeit freundliches Entgegenkommen, Abg. v. Renczy der Stadt Czernowitz für die gefällige Ueberlassung der Rathhauslocalitäten.

**Kärnten.** In der Abend-sitzung des Landtags vom 8. d. wurden Resolutionen angenommen wegen thunlichster Beschleunigung der Tarvis-Pontebas-Bahn so wie gegen die beantragte Bohalinie Predil-Görz und für eine selbständige Eisenbahnlinie nach Triest über Laibach-Servola. Sodann erfolgte der Landtags-schluß unter Hochrufen auf Sr. Majestät den Kaiser.

**Triest.** Am 7. d. wurde die Resolution wegen Wahrung der historischen Rechte Triests neuerlich bestätigt und eine weitere Resolution beigefügt, welche gegen die Einführung der direkten Wahlen protestiert. Der Landtag beschloß heute eine Eingabe an das Ministerium um Abhilfe gegen den durch den Hafenbau der Stadt entstehenden Schaden, genehmigte das Memorandum wegen Aufhebung des Jesuitenordens und wurde sodann nach Annahme mehrerer Gesetzentwürfe lokalen Interesses vom Landeshauptmann geschlossen.

## Ueber die Action in Ungarn

bringt uns der Telegraph nachstehende neueste Nachrichten: Der Gesetzentwurf bezüglich der Regelung des Königsbodens wurde im Ministerium des Innern wieder einigen Modificationen unterworfen. Die seitens der Sachsen laut gewordenen Wünsche, daß das Institut der Bezirksstimmen im Königsboden nicht eingeführt werde und daß die Beamten ohne jedwede Candidatur gewählt werden sollen, wurden aus diesem als unerfüllbar nicht in Betracht gezogen.

Die ungarische Regnicolar-Deputation hielt eine Beratung, in welcher zunächst die finanziellen Forderungen der kroatischen Deputation zur Sprache kamen. Beifügung Würdigung und Prüfung der kroatischen Forderungen geltend gemachten Wünsche wegen Abänderung des bisherigen Quotenverhältnisses hat die Regierung der ungarischen Regnicolardeputation mehrere statistische Ausweise vorgelegt. Diese wurden von der Deputation nicht zureichend gefunden und wird das Ministerium ersucht, weitere Daten, insbesondere bezüglich der Abänderungen vorzulegen, welche das kroatische Beitragsverhältnis durch die Einverleibung der Militärgrenze und durch den Anschluß Fiumes an Ungarn erfahren soll. Ferner wurde die Regierung um Mittheilung der Daten ersucht, welche der Vermehrung der bisherigen Zahl der von Kroatien entsendenden Reichstags-Abgeordneten als Grundlage zu dienen haben.

## Ueber den Pairschub in Preußen

läßt sich die „Nat. Ztg.“ vernehmen, wie folgt: „Schon neulich, als es galt, dem nun zur That-sache gewordenen Pairschub die besten Seiten abzugewinnen und die vorhergegangenen Erscheinungen zu erklären, haben wir auf das persönliche Eingreifen unseres Königs hingewiesen, um der vielfach hervorgetretenen Misstimmung und Enttäuschung durch den Hinweis auf die schuldige Rücksicht auf den König zu begegnen. Um den Gang der Ereignisse zu erklären, ist in der That in Preußen die Persönlichkeit und das Eingreifen des Königs ein äußerst wichtiges Moment, und es wird bis jetzt sogar als Staatsprinzip aufgestellt und gewollt, daß dem so sein soll. In England oder in Belgien ist allerdings das Königthum eine Maske, welche das Ministerium oder die Parlamentsmajorität vorbindet, um dadurch Ehrfurcht für sich in der Volksmasse zu erwecken und um hinter der Maske die politischen Grundsätze und Action wechseln zu können und doch dabei die Continuität des Staatswillens zu wahren. In Preußen aber ist das Königthum keine Maske und will es nicht sein, sondern in Fleisch und Blut im Staatsleben sich geltend machen. Das Wort Friedrich Wilhelms IV.: „in Preußen muß der König regieren“ ist bis jetzt eine Wahrheit, nicht bloß im Gegensatz zu dem Parlament, sondern auch im Gegensatz zu den Ministern. Es sind bei uns in Preußen noch nicht die Minister, welche die Staatesperson des Königs decken — nur Graf Schwerin hatte in dieser Beziehung den ersten ehrenwerthen Versuch gemacht — sondern von den Ministern wird fortwährend der König vorgeschoben, um mit seiner Autorität und seinem Willen Erfolge für ihr Handeln zu erzielen, und zwar unterscheidet sich in dieser Beziehung Fürst Bismarck auch jetzt noch (in früherer Zeit gewiß nicht) kaum in irgend etwas von Grafen Eulenburg oder einem andern Minister. Und in der That ist die ganze preußisch-deutsche Geschichte seit 1858 bis in ihre Einzelheiten, die innere wie auswärtige Politik, und ihr so verschiedenartiges Gesicht vollkommen unverständlich ohne Kenntnis der Individualität

unseres Königs. Und wenn vor vierzehn Tagen es möglich war, daß ein Mann wie Herr v. Selchow in der gegenwärtigen Krisis den Staatsmann spielen konnte, so ist dies ebenso aus Verhalten und Stellung unseres Königs zu erklären, wie er ausschlaggebend gewesen ist, wenn heute im Herrenhause die Kreisordnung unverändert mit 114 gegen 87 Stimmen angenommen wurde. Die Berechnungen, welche innerhalb der neuen Fraction bis zuletzt angestellt wurden, ließen eine so große Mehrheit nicht erwarten. Zum Theil ist darauf von Einfluß gewesen, daß die polnische Fraction dem an sie ergangenen Aufgebote gegen das Gesetz bis jetzt keine Folge gegeben hat. Trotz des Ausbleibens dieser Mitglieder und der Berufung der 24 neuen wäre die Majorität nicht erzielt worden, wenn nicht von denjenigen Mitgliedern, welche im October gegen die Kreisordnung gestimmt haben, ein Theil heute ein entgegengesetztes Votum abgegeben hätte. Wieviel und welche Mitglieder dies gewesen sind, wird erst nach Eingang des officiellen Sitzungsprotokolls festgestellt werden können. Ein Vorwurf ist diesen Mitgliedern gewiß nicht zu machen, sei es nun, daß sie in besserer Einsicht in die Staatsbedürfnisse ihre Meinung geändert oder aber weislich sich der Grundlage erinnert haben, auf welcher sie überhaupt nur zu einer entscheidenden Stellung im Staate gelangt sind.“

## Die Krise in Frankreich

bringt das „Memorial Diplomatique“ unter dem Titel: „Europa und die französische Krise“ einen Artikel, in dem es lautet, wie folgt: „Das deutsche Cabinet soll in St. Petersburg und Wien den festen Willen ausgesprochen haben, mit der größten Sorgfalt alles, was Schwierigkeiten mit Frankreich bereiten könnte, zu vermeiden und unter keinem Vorwande mehr oder etwas anderes, als die Einlösung der übernommenen Verbindlichkeiten zu verlangen, mit einem Wort den Frieden mit Frankreich aufrecht zu erhalten. Dies wäre in Kürze der Sinn der Erklärungen, welche die deutsche Diplomatie in Wien und St. Petersburg abgegeben hatte, und diese Erklärungen sollen, wie sich auch leicht denken läßt, an den beiden Höfen ganz die beabsichtigte Wirkung hervorgebracht haben. Wir werden daher niemand in Erstaunen setzen, wenn wir melden, daß die drei Cabinetts übereingekommen sind, sich auf keine Art in die inneren Angelegenheiten Frankreichs einzumischen und selbst jeder Art von Rathschlag sich zu enthalten, welche Wendung auch übrigens die Ereignisse in diesem Lande nehmen möchten.“

## Politische Uebersicht.

Laibach, 11. Dezember.

Am 7. d. fand der erste Ministerrath des neuen ungarischen Cabinets statt und währte von 6 bis 11 Uhr nachts. Es wurden laufende Angelegenheiten erledigt und beschlossen, stets Mittwochs und Sonntags Ministerath abzuhalten. — Der k. ungarische Handelsminister Graf Zichy übernimmt erst am 20. Dezember sein Amt. Bis dahin wird Szlay daselbst provisorisch verwalten. — Bezüglich der Besetzung des Postens eines Landesverteidigungs-Ministers ist, wie „P. Lloyd“ versichert, noch gar nichts entschieden. Neuestens wird auch Graf Pejacevics für denselben genannt; „P. Lloyd“ glaubt aber, daß die Ernennung Hollans, „wenn auch die Stelle vorläufig mit einer andern Persönlichkeit besetzt wird“, doch nur eine Frage der Zeit ist. — In der Sitzung des ungar. Abgeordnetenhauses vom 9. d. legt Friedrich Podma-

## Seniſſelon.

### Ritter Planbart.

Novelle von Albert Reinhold.

(Schluß.)

Die Geheimrätin war plötzlich ganz still und schweigsam geworden. Die Ueberraschung war so groß, daß sie dieselbe noch nicht vollständig fassen konnte. Sie war eine Frau von streng rechthlichem Charakter und schämte sich, daß sie ein Unrecht begangen, indem sie den Mann verdächtigte, und zwar in einer Weise, wie es unter Frauen einer standesächtigen Welt Sitte ist. Der Freiherr von Werden erschien ihr plötzlich in einem durchaus veränderten Lichte und sie fühlte, daß sie ihm eine Genugthuung schuldig sei.

„Sie dürfen unbesorgt sein, Herr von Werden, niemals wird jemand von mir etwas davon erfahren. Uebrigens hätten Sie wohlgethan, nicht gerade in dieser Weise das Urtheil der Welt herauszufordern, Sie sind nicht von Verleumdungen verschont geblieben.“

„Ich weiß das, gnädige Frau, aber ich konnte nicht anders handeln, glauben Sie mir. Eine sonderbare Verleumdung von Umständen zwang mich, vor allen Dingen Rhoda's Zartgefühl zu schonen und das konnte, wenn sie mit Menschen in Berührung kam, nicht geschehen. Darum mußte ich das Urtheil der Welt herausfordern, so sehr ich auch mein Innerstes, namentlich in letzter Zeit, wo mir daran liegen mußte, nie-

mandem in einem falschen Lichte zu erscheinen, dagegen sträubte.“

„Sie wissen es, Herr von Werden, wo sich Ihre Schwester befindet?“ fragte die Geheimrätin.

„Ich vermute es, gnädige Frau. Rhoda konnte nicht wohl einen anderen Weg genommen haben.“

„Sie haben sich nicht getäuscht, Herr von Werden, Ihre Schwester befindet sich in meinem Hause, Lenore hat sie gefunden. Wollen Sie dieselbe mit fortnehmen?“

„Ich möchte es wohl, gnädige Frau, aber ich wage es nicht. Rhoda war in Indien verheiratet und wie es anfangs schien, außerordentlich glücklich. Leider aber stellte sich heraus, daß Rhoda's Gatte eine sehr eifersüchtige Natur war und sie ununterbrochen beobachtete, obwohl ich seit überzogen bin, daß Rhoda ihm niemals die leiseste Veranlassung dazu gegeben. Lange mag das arme Geschöpf diese Tyrannei ertragen haben, aber allmählig wurde sie stiller und stiller, bis ihr Gatte sah, daß sie endlich einem unheilbaren Trübniß verfallen war. Jetzt sah er sein Unrecht ein, aber es war zu spät, seine Nähe allein war ihm stande, sie außer sich zu bringen. Der Einzige, welcher etwas über sie vermochte, war ich, obwohl sie gerade mich mit dem Namen ihres Gatten anredete und mich auch noch jetzt für ihn hält. Daher ihre Furcht. Sie hält mich für denjenigen, der sie unaufhörlich bewacht und obwohl ich dies in der That thue, so geschieht es doch nur aus dem einzigen Grunde, sie von jeder Berührung mit der Welt fern zu halten, da ich durch eine solche nur eine Verschlimmerung ihres Zustandes befürchten muß.“

Die Geheimrätin hatte schon längere Zeit über-

legt, offenbar ging sie mit einem Plane um, der sie lebhaft beschäftigte. Ebenso schnell zum Verdammen wie zur Veröhnung geneigt, war sie jetzt dem Manne gegenüber, dem sie so schweres Unrecht gethan, vollständig verändert.

„Herr von Werden,“ sagte sie dann nach einer Pause, „ich habe Ihnen einen Vorschlag zu machen, es möchte in Ihrem eigenen Interesse sein, wenn Sie denselben annehmen. Ich brauche wohl nicht zu wiederholen, daß Ihr Geheimniß bei mir so sicher ist, wie bei Ihnen selbst. Ihre Schwester fürchtet Sie, nun wohl, überlassen Sie uns dieselbe einige Zeit, Sie dürfen versichert sein, daß eine solche Abwechslung für sie eine Wohlthat sein wird. Nehmen Sie es einer alten Frau nicht übel, ich bin sehr überzeugt, daß Sie die besten Absichten dabei gehabt, aber ich glaube, Sie haben nicht den rechten Weg eingeschlagen, die Kranke zu beruhigen, und Ruhe ist doch gewiß da am nothwendigsten. Lassen Sie Ihre Schwester hier, meine Nichte wird schon für dieselbe Sorge tragen.“

„Gnädige Frau“, rief der Freiherr von Werden aus, indem er die Hand der Geheimrätin ergriff und an seine Lippen preßte, „womit verdiene ich ihre Güte? Wie soll ich ihnen danken? Sie wollten in der That — o, verzeihen Sie, gnädige Frau, ich kann dies nicht begreifen — ich dachte immer, Sie wären am wenigsten geneigt, den alten Familienhaß schwinden zu lassen.“

„Lassen Sie jetzt den alten Familienhaß“, sagte die Geheimrätin gut gelaunt, indem sie dem Freiherrn ihre Hand hinreichte. „Ich habe denselben längst satt.“

„Ich danke Ihnen für dies Wort, Frau Geheim-



nehty einen Gesetzentwurf über die Aufhebung der Zeitungscautionen vor. — Krassjews interpelliert wegen Ausbaues der alfdö-fiumaner-Eisenbahn. — Referent Szell legte den Bericht über den Budget-Voranschlag pro 1873 vor und motiviert die verspätete Vorlage mit den zahlreichen Änderungen und wichtigen Vorschlägen, welche eingehende Prüfungen erheischen.

Die Reichs-Militär-Verwaltung beabsichtigt, bestem Vernehmen nach, in nächster Reichstags-sitzung eine Erhöhung des Pauschquantums um mindestens fünf Millionen Thaler zu beantragen. — Die „National-Zeitung“ steht sich veranlaßt, den Rücktritt des Kriegsministers v. Moos als definitiv zu bezeichnen. — Wegen Abhaltung eines besonderen Gottesdienstes, worin die katholische Kirche der Provinz Posen unter den Schutz des allerhöchsten Herzens Jesu gestellt wird, fand in der Stadt und in der ganzen Provinz Posen die Schließung der Regierung gehörigen katholischen Kirchen statt. Auch erfolgte wegen Verlesung des jüngsten aufreizenden Hirtenbriefes des Erzbischofs Ledochowski die Vernehmung mehrerer Geistlichen und Lehrer.

Das linke Centrum beschloß, das neue französische Ministerium zu unterstützen; man betrachtet dasselbe als ein Versöhnungs-Cabinet. Das leitende Comité der Linken versäzte sich zu Thiers, um dessen Meinung über die Auslösungsforderung zu hören. — 110 Abgeordnete deponierten ihren Antrag auf Abänderung der Constitution; sie beantragen vier Jahre Funktionsdauer für den Präsidenten, Wahl eines Vizepräsidenten, partielle Erneuerung der zweiten Kammer und Minister-Verantwortlichkeit.

Der „Indépendance belge“ wird aus Versailles telegraphiert: Die republikanische Union ist in diesem Augenblicke versammelt, um ein Collectiv-Manifest festzustellen, welches sie zu Gunsten der Auflösung der National-Versammlung an die Wähler richten wird. Das linke Centrum hat sich gleichfalls versammelt. Von den Fractionen der Linken wird an Stelle Fourtoun's Target für die Dreißiger-Commission kandidiert.

Die italienische Kammer setzte am 9. d. die Beratung des Einnahmenbudgets fort und hat am 10. d. in geheimer Commission den Gesetzentwurf betreffend der religiösen Körperschaften in Verhandlung gezogen. Am 8. d. wurde die Provinzialausstellung der für die Wiener Weltausstellung bestimmten Gegenstände eröffnet.

Aus Constantinopel verlautet, Mithad Pascha werde zum Präsidenten des Staaterrathes ernannt werden. Riamil Pascha würde dann Justizminister werden.

## Tagesneuigkeiten.

(Personalnachrichten.) Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auerperg ist von Prag nach Wien zuückgekehrt. — Das colportierte Gerücht, der Statthalter von Galizien, Graf Soluchowski, habe seine Demission eingereicht, entbehrt der Begründung.

(Pferdefleischverbrauch.) Im Jahre 1871 wurden von den in Wien wohnenden sieben Pferdefleischhauern 2073 Pferde geschlachtet und deren Fleisch in zehn Fleischbänken verkauft. Der Durchschnittspreis hiefür stellt sich per Pfund für vorderes mit 12 kr., hinteres mit 14 kr., Kopf- und Lungenbraten 16 kr., Pferdefett rohes 32 kr., geschmolzenes 36 kr. In Berlin wurden im selben Jahre 2931 Pferde consumiert.

räthin, es macht mich außerordentlich glücklich. Ich hoffe, daß Sie niemals irgend welche feindliche Handlung bei mir finden werden, und nehmen Sie die Versicherung, daß es von vornherein mein fester Wille gewesen ist, dieser Feindschaft ein Ende zu machen, da ich nicht den mindesten Grund vorhanden sah, einer so lebenswürdigen Dame zu zürnen.“

An einem warmen Sommerabende, wenige Monate nach den stattgefundenen Ereignissen, wandelte im Garten des Freiherrn von Werden ein junges, glückliches Paar und in nicht allzu weiter Entfernung folgte die Geheimrätthin von Rodenhofen mit Lydia. Die Hecken, welche zum gegenseitigen Schutze angelegt waren, hatten längst das Schicksal der Mauer getheilt und an Stelle des chinesischen Pavillons erhob sich ein schlankes, freundliches Gartenhäuschen, wie für Glück und Frieden geschaffen.

Das junge Paar war der Freiherr von Werden und seine Braut, Lenore von Rodenhofen. Es war nicht schwer geworden, daß sich beide Herzen, welche einander längst zugethan waren, fanden, und an dem Tage, als Lenore Lydia bewogen hatte, in das Haus des Bruders zurückzukehren und sie dieselbe selbst dorthin befeuerte, an dem Tage gestand Lenore dem Freiherrn alles, was sie in Gedanken gegen ihn gefündigt und als sie ihre Rechte vollendet, da sagte er warm und innig:

„Sie böse, böse Lenore, wie grausam bin ich von Ihnen behandelt worden, und jetzt, was denken Sie jetzt von mir?“

„Daß Sie ein guter, edler Mann sind, der das

(Die Devastation der Wälder in Rärnten) gibt zu fortwährenden Klagen Anlaß; besonders in Gailthal herrscht planlose Abholzung des Waldbestandes; wo einst der schönste Baumbusch stand, dort starren, wie J. Fuhrmann klagt, zerklüftete Felsen in die Luft, von denen nach und nach die großen Schotterhalden in die Ebene stürzen, und ganze Ortschaften zu verschlungen drohen. Die Nachbarschaften und Gemeinden bedürfen so wie der Einzelne bei der sichtbaren schlechten Waldpflege der Vorsorge des Staates, und es ist unbedingt Zwang notwendig, um hier eine Besserung zu erzielen. Deshalb wurden auch bei der Hauversammlung in Hermagor folgende Anträge gestellt und dieselben allseitig angenommen: 1. Die Theilung von Gemeinde- und Nachbarschaftswaldungen ist unbedingt nicht zu gestatten. 2. Es sind stricte Normen aufzustellen, nach denen die Wälder bewirtschaftet werden müssen und ist darauf zu dringen, daß Corporationen und auch Einzelne die Schlägerungen nur nach den Grundsätzen der Forstwirtschaft vornehmen dürfen, und 3. zur Ueberwachung der Waldkultur ist ein hinreichendes Forstpersonal zu bestellen. 4. Die Waldkultur für Rärnten ist durch ein Landesgesetz zu regeln und zu schützen. Die Anträge wurden einstimmig angenommen und die Vorlage an das Centrale zur Berücksichtigung beschlossen.

(Der Wasserstand der Drau) hat nach den vorliegenden Nachrichten in der Vormoche eine Höhe erreicht, wie solche seit mehr als 20 Jahren nicht mehr verzeichnet wurde. Von vielen Seiten wird über die üblen Folgen dieses Hochwassers berichtet: behaute Ufergelände wurden weggespült, manche Reulche, die zu nahe dem Wasser stand, fortgeschwemmt und Borräthe an Holz, Schindeln, Brettern, die zur Verfrachtung nach dem Süden bereit lagen, treiben auf der Drau in wildem Chaos der Donau zu. — Noch läßt sich die Höhe des Gefammtschadens nicht ziffermäßig feststellen, aber empfindlich genug wurden durch das unerwartet gekommene Hochwasser, Landleute, Industrielle, Dörfer und Märkte, ja ganze Bezirke geschädigt.

(Falliment einer katholischen Bank.) Aus Brüssel, 8. Dezember, wird der „N. Fr. Pr.“ geschrieben: „Die gestrige Zahlungseinstellung der antwerperner katholischen Bank Union erregt ungeheure Sensation. Prinz Orloff verliert eine Million Francs; Sanct-Peterspiennige, im Betrage von 1,100,000 Francs, deponiert vom Nuntius und gesammelt unter dem katholischen Adel, sind gleichfalls verloren.“

(Interessant für Landwirthe.) Ein Gutsbesitzer nächst Freiburg in Schlessen theilt der „Schles. Zig.“ mit, daß, wenn nicht bald Frost eintritt, auf einem seiner Felder eine Gerstenernte gehalten werden kann, zu welcher die im Sommer während der Ernte ausgefallene Gerste den Samen geliefert hat. Die Gerste hat bereits geblüht.

## Locales.

(Spenden.) Zum Fonde der laibacher freiwilligen Feuerwehr spendeten Herr Karl Obrela 10 fl., Hr. Vinger 4 fl., Hr. Anton Czerni 2 fl., Hr. Nikol. Racher 2 fl.

(Als unterstützende Mitglieder sind der laibacher freiw. Feuerwehr) ferner beigetreten: Die Herren: Graf Alex. Auerperg, 1. l. Landespräsident, 10 fl., Vanteshauptmann Dr. v. Kallenegger 5 fl., Johann Berles 15 fl., Primus Hudovernig 10 fl., Lorenz Mitusch 5 fl., Leopold Pirker 5 fl., Eigmund Schneider 5 fl., Frau Jeanette Racher 5 fl., Fürst Vorbar Wernernich 5 fl., Schunko 5 fl., Marschalek 5 fl., Anton Gacesda 5 fl.

Glück und die Ruhe einer armen Schwester höher schätzte als sein eigenes Glück und seinen Ruf. Sie müssen sich sehr glücklich fühlen.“

„Nein, Lenore, ich fühle mich nicht glücklich — mir fehlt etwas,“ entgegnete er flügend. „Nur wenn ich das erreiche, dann ist mein Glück vollständig.“

„Und was wäre das?“ fragte Lenore hocherröthend. „Mir fehlt nichts zu meinem Glück als du, Lenore,“ lautete seine Antwort.

Sie sagte nichts, aber als er dann stürmisch seine Arme um ihren Nacken schlang und sie fest an seine Brust preßte, da duldete sie es in stiller Glückseligkeit und er las die Antwort in ihren Augen.

„Du wolltest es wirklich mit dem Ritter Blaubart versuchen?“ fragte er dann nach, als sie ihm gestanden, daß sie ihn liebe und schon lange geliebt habe.

„Ja,“ entgegnete Lenore mit holdem, verschämten Lächeln, „wenn du mir versprichst, keiner andern Frau den goldenen Schlüssel zu deinem Herzen anzuvertrauen.“

Bevor der Winter kam, wurde die Hochzeit gefeiert und die früher so feindlichen Nachbarn bildeten fortan eine Familie, da die Geheimrätthin sich nicht von ihrer Nichte trennen wollte.

Lydia, im steten anregenden Umgange mit Lenoren, fort-sam behütet und doch nicht mehr wie eine Gefangene gehalten, erholt sich sichtlich. Sie hat ihre Furcht vollständig verloren und der lichten Augenblicke werden mehr und mehr, so daß mit der Zeit eine vollständige Heilung zu erwarten steht, wie der Arzt versichert.

(Der krainische Lehrerverein) hat die Herausgabe einer „Laibacher Schulzeitung“ beschlossen und bereits am 10. d. M. die Probenummer versendet. Die „Laibacher Schulzeitung“ wird die Bestimmungen der neuen freiwilligen Schulgesetze vertreten; sie wird ihrem wohlgegliederten Motto „Soll der Geist sich aufwärts schwingen“ — Muß die alte Form zerpringen“ zur Folge von den alten, dem Fortschritte hinderlich entgegenstehenden Bahnen ablenken; sie wird für Heranbildung tüchtiger Volksschulmänner, für zweck- und zeitensprechende Erziehung der Jugend wirken; sie wird die neuesten Schulgesetze und die auf das Schulwesen bezughabenden Erlasse besprechen; sie wird ihren Lesern auf Verlangen Auskunft in Schulangelegenheiten ertheilen; sie wird die Reformen im Schulwesen betonen, wird eine Bücherschau liefern, wird die Schuldienstausschreibungen veröffentlichen. Wir begrüßen die Geburt dieses Schulorgans mit besonderem Vergnügen. Die „Schulzeitung“ hat die Devise: „Bildung, Wahrheit, Ehrlichkeit, Geseßestreue“ auf ihre Fahne gesetzt, und dieser Fahne werden sich nicht nur die in der Kultur fortschreitenden Lehrer des Heimatlandes Krain, sondern auch der Nachbarländer sicher bereitwillig anschließen. Die „Laibacher Schulzeitung“ wird Schulzustände besprechen, die Rubriken: „Vollschulbibliotheken“, „Schulchronik“, „Rundschau“, „Bereinsnachrichten“, „Original-Correspondenzen“, „Concursausschreibungen“ u. s. w. enthalten, überhaupt reichlichen Lehrstoff bieten. Die äußere Ausstattung des Blattes ist eine recht anständige und nette. Die „Laibacher Schulzeitung“ kostet mit Postversendung jährlich nur 2 fl. 75 kr.; sie erscheint am 10. und 25. jeden Monats. Wir wünschen diesem dem Fortschritte huldigenden heimatischen Blatte recht viele Abnehmer!

(Kirchengeräthe-Diebstahl.) In der Nacht vom 9. auf den 10. d. wurde in die Pfarrkirche zu Birklach, Bezirk Krainburg, eingebrochen und wurden eine Monstranz, ein Ciborium, beide aus Silber, zwei große versilberte Lampen und drei kleine Altarlicher gestohlen. Der Werth dieser Kirchengeräthe steht zwischen 600 bis 800 fl.

(Für Beamtenkreise.) Die „Bohemia“ hat unter 4. d. aus Wien nachstehendes Schreiben erhalten: „Eine eben so dringende Nothwendigkeit, als die Regulierung der Gehalte, ist auch die Regelung der Pensionen. Eine schon ziemlich abgenutzte, jedoch leider bei vielen sehr wahre Kennzeichnung des Pensions Betrages, von dem der pensionierte Beamte oder die Beamtenwithe leben soll, ist: zu wenig zum Leben und viel zum Sterben. Daß daher in dieser Richtung etwas geschehen muß, um dem pensionirten Glende, so weit es die Umstände erlauben, ein Ende zu machen, hat man an maßgebender Stelle längst erkannt, nur über das „Wie“ konnte bis jetzt kein endgiltiger Beschluß gefaßt werden.“

— So lange es nur durch größte Sparsamkeit im Staats-haushalte dahin gebracht werden kann, daß kein Mißverhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben entsteht, ist es unmöglich, durch höheres Pensions-Ausmaß allein genügend für jene zu sorgen, welche dem Dienste des Staates ihre Jugend, ihre Kräfte gewidmet haben. — Bei der Region von Pensionisten würde jene Summe, welche genügen würde, den bescheidensten Anforderungen zu entsprechen, das Budget derart belasten, daß das Deficit zu einer stehenden Rubrik in demselben würde, womit dem Staate und den Angehörigen des Staates blutwenig geholfen wäre. Man geht daher mit dem Gedanken um, eine Association zu gründen, eine Gesellschaft, sei es Association, sei es auf Aktien, zu finden, welcher unter Garantie des Staates in erster Linie das Recht eingeräumt wird, von den Beamten während ihrer Activität Subscriptions auf eine Rente, die jedoch bis zu einem Minimalbetrag nicht dem Ermessen des Einzelnen überlassen bliebe, sondern ebenso wie jetzt die Pensionen systemisirt wäre, anzunehmen, dafür jedoch auch die Verpflichtung einzugehen, jenen Beamten, welche pensioniert werden, die systemisirten Renten oder Pensionen auszubezahlen. Ueber die Art und Weise der Durchführung dieser Idee ist man bis jetzt noch nicht im Reinen, jedoch das Prinzip ist angenommen und der Staat übernimmt bei Zustandekommen dieses Unternehmens die Zinsengarantie oder leistet eine fixe Subvention. Von dem Momente, wo diese Idee Fleisch und Blut bekommt, hören sämtliche Sagen-Carenzen auf, und es tritt ein im Verhältnis zur Lage bemessener monatlicher Abzug ins Leben, der im Vergleich zu den gebotenen Vortheilen sehr gering zu nennen sein wird. Für die bereits pensionirten Beamten u. würde auch ein Modus gefunden werden, sie an den Wohlthaten dieser neuen Einrichtung theilnehmen zu lassen.“

(Erster allg. Beamtenverein der österreichisch-ungarischen Monarchie.) In der Lebensversicherungsabtheilung des Vereines gelangten im Monate November d. J. 586 neue Verträge über ein Capital von 510 000 fl. und jährliche Rente pr. 600 fl. zum Abschlusse. Eingereicht wurden 594 Anträge über 620.300 fl. Capital und 1800 fl. Renten. Der Gesamtstand der Versicherungen betrug am 30. v. M. nach Abrechnung aller Erlösungen 14 936 328 fl. Capital und 35.282 fl. Rente. Durch Todesfälle erloschen seit Beginn d. J. 164 Verträge mit 122 650 fl. Capital. Die Prämieineinnahme war pro November mit 37.700 fl. vor-gezeichnet. Es wuchsen dem Vereine zwei neue Localvereine zu, einer unter der Bezeichnung „Staatsbeamten Confortium“ in Wien, der andere zu Lobositz in Böhmen zu, ferner hat der Localausschuß Teischn-Bodenbach auch ein



